

RAINER MAUSFELD

Warum schweigen die Lämmer?



Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus
unsere Gesellschaft und
unsere Lebensgrundlagen zerstören

WESTEND

RAINER MAUSFELD

Warum schweigen die Lämmer?

*Wie Elitendemokratie
und Neoliberalismus
unsere Gesellschaft
und unsere
Lebensgrundlagen
zerstören*

© COPYRIGHT WESTEND VERLAG, FRANKFURT AM MAIN

WESTEND

23

Warum schweigen die Lämmer?

Wie sich schwerste Kriegsverbrechen und Verletzungen moralischer Normen für die Bevölkerung unsichtbar machen lassen

57

Die Angst der Machteliten vor dem Volk

*Demokratiemanagement durch
Soft-Power-Techniken*

115

Die neoliberale Indoktrination

*Gespräch mit den
NachDenkSeiten*

137

»Wer das Land besitzt, der soll es auch regieren«

*Repräsentative Demokratie
als Mittel der Demokratievermeidung*

153

Massenmediale Indoktrination

Gespräch mit Jens Wernicke

173

Wie sich die »verwirrte Herde« auf Kurs halten lässt

*Die Einschränkung des öffentlichen Debattenraumes
und die Ächtung von Dissens*

235

Phantom-Mitte –

Kartellparteien – Bundestagswahl

Anmerkungen

241

Rassismus, Kapitalismus und die Wertegemeinschaft
der »Herrenmenschen«

Gespräch mit Marko Junghänel

249

Demokratie und weiße Folter

*Wie die Psychologie dazu beitrug,
Folter unsichtbar zu machen*

281

Literaturangaben

Namensverzeichnis

Einleitung



© COPYRIGHT WESTEND-VERLAG, FANKHUPFURT AM MAIN

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, missbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen. Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen. Mit dieser orwellschen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken.

Wenn wir uns mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen wollen, sind wir mit einem grundlegenden, jedoch nicht immer bewussten Spannungsfeld konfrontiert, dem wir nicht entgehen können. Wenn wir durch die Brille unserer eigenen Interessen auf die gesellschaftliche Realität blicken, werden wir ein anderes Bild erhalten und andere Schlussfolgerungen daraus ziehen, als wenn wir versuchen, eine universalisierbare, gleichsam überpersönliche Perspektive einzunehmen, die von dem Bemühen um eine aktive Mitgestaltung unseres Gemeinwesens geleitet ist und sich im Sinne der Aufklärung an Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und des Gemeinsinns orientiert. Über dieses Spannungsfeld müssen wir uns, auch wenn es letztlich wohl unauflöslich ist, im Klaren sein, wenn wir uns über unterschiedliche Perspektiven auf die gesellschaftliche Realität austauschen wollen. Es lohnt daher, zunächst einen Blick auf diese Perspektivengebundenheit

unserer gesellschaftlichen Weltsicht zu werfen, weil sich in den folgenden Beiträgen vieles möglicherweise nur schwer mit unseren persönlichen gesellschaftlichen Erfahrungen in Einklang bringen lässt.

Wie wir die Welt erleben, wird zwangsläufig davon bestimmt, wie wir in ihr situiert sind und aus welcher Perspektive wir auf sie blicken. Dies gilt auch und in besonderem Maße für die gesellschaftliche Welt. Wie wir gesellschaftliche Verhältnisse beurteilen, hängt von der Perspektive ab, also von dem Ort – geographisch, historisch, sozial oder geistig –, von dem aus wir die Welt betrachten. Die Spannbreite möglicher Perspektiven auf die gesellschaftliche Welt ist nahezu unbeschränkt groß.

Nun teilen wir zumindest den historischen Ort und in relevanten Aspekten auch weitgehend den geographischen Ort; zudem sorgen unsere Sozialisationsinstanzen dafür, dass wir auch geistige Perspektiven auf die gesellschaftliche Welt teilen. Dies reduziert die Spannbreite möglicher Perspektiven und stiftet Gemeinsamkeiten in unseren Perspektiven auf die gesellschaftliche Welt. Mit sehr grobem Strich ließe sich unser Bild einer mehr oder weniger geteilten gesellschaftlichen Realität vielleicht so zeichnen: Unsere eigene Lebenswirklichkeit wird dadurch bestimmt, dass wir in einer Zeit leben, deren zivilisatorische Qualitäten weit herausragen in einer langen und gewaltreichen Zivilisationsgeschichte. Der Ort, von dem aus wir die Welt betrachten, ist ein Ort, an dem es seit mehr als 70 Jahren weder Krieg noch Hungersnot gibt. Ein Ort, der den meisten einen Lebensstandard ermöglicht, der sehr viel höher ist als der ihrer Eltern und Großeltern. Ein Ort, dessen soziale Ordnung durch einen demokratischen Rechtsstaat bestimmt ist, der also Meinungsfreiheit, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte sichert und der unserem gesellschaftlichen Leben Stabilität und Sicherheit verleiht. Aus einer solchen Perspektive gibt es, bei rechtem Lichte betrachtet, eigentlich Grund genug, mit der Entwicklung unserer Gesellschaft und mit dem, was wir erreicht haben, zufrieden zu sein. Auch aus größerer historischer Perspektive stehen die Dinge für uns eigentlich sehr vorteilhaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat breite Bevölkerungsschichten von Hunger und Elend befreit. Allein in den vergangenen 150 Jahren haben industrielle Revolutionen, die Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, die technischen Möglichkeiten der Massentierhaltung und die Fortschritte der Biotechnologie, die Globalisierung von Agrar- und Lebensmittelindustrie, die Fortschritte der Medizin, der Pharmatechnologie und der medizinischen

Versorgung die allgemeine Lebenserwartung und Lebensqualität in zuvor nicht gekanntem Maße steigen lassen. All diese Errungenschaften haben einen Massenwohlstand und eine Teilhabe am technischen Fortschritt in allen Lebensbereichen, sei es Ernährung, Kommunikation, Mobilität oder Gesundheit, ermöglicht, wovon frühere Generationen nur träumen konnten. Durch die Möglichkeiten, die Massenkonsum und eine unseren privaten Alltag durchdringende Unterhaltungsindustrie bieten, ist es zudem weitgehend gelungen, entfremdete Arbeit erträglicher zu machen und soziale Unruhen einzudämmen. Ebenso vorteilhaft haben sich die Dinge auf der internationalen Ebene der Beziehungen zwischen den Staaten entwickelt. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vereinten Nationen (UNO) gegründet, um den Frieden in der Welt dauerhaft zu sichern. Dieses Ziel fand seinen Ausdruck in der Charta der Vereinten Nationen und dem darin niedergelegten allgemeinen Gewaltverbot, das jedem Staat einen Angriffskrieg verbietet. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag entstand als Hauptrechtsprechungsorgan der UNO. Völkerrecht und internationales Recht wurden zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten weiterentwickelt. Zivilisationsgeschichtlich haben wir also viel erreicht und eigentlich Grund genug, die zivilisatorischen Errungenschaften unserer westlichen Wertegemeinschaft zu feiern. Von allen gesellschaftlichen Organisationsformen, die sich bislang in größerem Maßstab und in stabiler Weise haben realisieren lassen, hat sich aus unserer Perspektive die Verbindung von Kapitalismus und Demokratie trotz aller Probleme anscheinend in besonderer Weise bewährt. Natürlich wissen wir, dass wir ungeachtet aller Fortschritte auch weiterhin in allen Bereichen mit einer überwältigenden Fülle schwerwiegender Probleme konfrontiert sind. Doch angesichts der Tatsache, dass der Mensch nun einmal, in Kants Worten, aus krummem Holze gemacht ist und nichts ganz Gerades daraus gezimmert werden kann, und angesichts der Tatsache, dass auch die Komplexitäten und Sachzwänge der Welt keine perfekten Lösungen erwarten lassen, sind wir weitgehend zuversichtlich, dass technischer Fortschritt und eine verbesserte Effizienz in der Organisation der Gesellschaft und in der Ausgestaltung von Handelsmärkten die uns heute bedrohlich erscheinenden Probleme werden bewältigen lassen.

Offensichtlich leben wir also an bevorzugten Orten und in Zeiten, die man, in großen geschichtlichen Maßstäben gemessen, wohl nur als besonders glücklich bezeichnen kann. Nun werden indes nicht alle bereit sein, in diesen Chor der Selbstbeglückwünschung einzustimmen. Einige,

vermutlich die überwiegende Mehrheit der auf diesem Planeten lebenden Menschen, würden, wenn denn überhaupt ein Interesse bestünde, sie zu hören, sicherlich zu Protokoll geben, dass mit diesem »Wir« nicht sie gemeint sein könnten. Das »Wir«, das einer solchen geteilten Perspektive zugrunde liegt, ist es daher wert, genauer betrachtet zu werden.

Aus einer breiteren historischen Perspektive, ebenso wie aus einer an globalen Maßstäben orientierten Perspektive, können wir uns zu den Gewinnern und Nutznießern der gegenwärtigen Weltordnung zählen. Nun neigen zu allen Zeiten die Sieger, die Gewinner und die Nutznießer der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung dazu, nicht nur diese Ordnung gutzuheißen, sondern die Welt insgesamt als im Großen und Ganzen wohlgeordnet anzusehen und den jeweiligen Verlierern selbst die Schuld für ihre Situation zu geben. Auch neigen sie dazu, die Zukunft einer Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind, eher optimistisch zu sehen. Aus der Perspektive der Verlierer und Opfer einer gesellschaftlichen Ordnung sehen die Dinge jedoch ganz anders aus, als aus der Perspektive, aus der »Wir« die Dinge betrachten. Ein anderer geographischer oder sozialer Ort, oft nur ein paar Straßenzüge oder aber einen Kontinent entfernt, eine andere Zeit, nur wenige Jahre oder eine künftige Generation entfernt, genügen, um ein grundlegend anderes Bild zu sehen.

In der Tat haben wir Krieg und Terror, Unterdrückung und offene Gewalt, Hunger, ökologische Verwüstungen durch Raubbau und Ausplünderungen von Ressourcen, Sklaverei und Folter weitgehend aus unseren Lebensbereichen ferngehalten. Wenn wir jedoch darüber nachdenken, worauf unsere eigenen Lebensformen wesentlich basieren, müssen wir uns bewusst werden und anerkennen, dass sie wesentlich darauf beruhen, aus diesen unhaltbaren Verhältnissen einen Nutzen zu ziehen. Wir haben diese Verhältnisse nicht beseitigt, sondern sie lediglich an andere Orte der Welt outgesourct. Sie tauchen in unserem Bewusstsein kaum mehr auf. Sie sind moralisch kaum mehr sichtbar und wir fühlen uns für sie im Grunde nicht verantwortlich.

Es gibt sichtlich einen großen Spielraum für unterschiedliche Perspektiven auf gesellschaftliche Verhältnisse. Der Blickpunkt, von dem aus wir auf die gesellschaftlichen Realitäten blicken, bestimmt, wie wir Fakten auswählen und gewichten und welche Schlussfolgerungen wir aus ihnen ziehen. In jedem Fall genießen wir das Privileg, in der Beurteilung unserer eigenen Situation und in der Beurteilung des größeren Zusammenhangs, in

den wir eingebettet sind, einen großen gedanklichen Spielraum zu haben. Wie immer man auch die Dinge betrachten mag: »Wir« sind die Gewinner und Nutznießer gegenwärtiger Wirtschafts- und Machtverhältnisse.

Welche Perspektiven aber bleiben den Verlierern und Opfern gesellschaftlicher Ordnungen? Bereits das Opfersein ist eine angstmachende und angsterfüllte Einengung von Perspektiven. Den Verhungerten, den Gefolterten und denjenigen, deren physisches und psychisches Leben bedroht ist, bleibt kaum mehr als der Erlebens- und Denkraum eines Opferseins. Und es sind gerade die Opfer, die nicht mit dem »Wir« gemeint sind, das so nachdrücklich die Vorteile der gegenwärtigen Macht- und Wirtschaftsordnung zu schildern weiß.

Zu dem »Wir« würden sich nicht zählen können oder nicht zählen wollen:

Die globalen Opfer »unserer« Wirtschaftsordnung, deren Zahl kaum schätzbar ist. Jean Ziegler, von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, schätzt die Zahl der durch unsere Wirtschaftsordnung getöteten Menschen auf mehr als 50 Millionen, und dies pro Jahr – keine andere Gesellschaftsordnung in der langen Zivilisationsgeschichte tut es darin der neoliberalen Wirtschaftsordnung gleich.

Die über 800 Millionen Menschen, immerhin mehr als ein Zehntel der Weltbevölkerung, die unter chronischer Unterernährung leiden und von denen Jahr für Jahr über 30 Millionen, fast 100.000 täglich, einen Hungertod sterben (obwohl die Weltlandwirtschaft in ihrer heutigen Entwicklungsstufe, dem Welternährungsbericht der Food and Agriculture Organization der UNO zufolge, problemlos 12 Milliarden Menschen, fast das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung, ernähren könnte).

Die mehr als eine Milliarde Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben.

Die mehr als zwölf Millionen Menschen in Deutschland, die von Armut bedroht und damit von einer normalen sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen sind. Ein Fünftel aller Kinder wachsen dauerhaft in einer Art vererbter Armut auf. Nicht anders sieht es in anderen sogenannten Industrieländern oder Rechtsstaaten aus.

Die ungezählte Zahl derjenigen, die nichts mehr zählen: Hunderte von Millionen »Überflüssige« und »Überschuss-Menschen«, die nicht als Konsument oder für eine Akkumulation verwertbar sind und die in zu disziplinierende Ränder der Gesellschaft entsorgt werden.

Die mehr als 40 Millionen Menschen, die gegenwärtig Opfer moderner Formen der Sklaverei sind.

Die mehr als 6 Millionen Menschen, die jährlich an den Folgen der Umweltzerstörung sterben.

Die zivilen Opfer der Bomben, die »wir«, also Mitglieder der westlichen Wertegemeinschaft, zu unserer »Selbstverteidigung« und zur »Förderung von Demokratie und Menschenrechten« auf andere Staaten abwerfen. Allein im Jahr 2016, dem letzten der Obama-Präsidentschaft, wurden auf sieben islamische Länder insgesamt 26.171 Bomben abgeworfen (jede einzelne Bombe ist in der THOR-Datenbasis des US Air Force Research Institute mit Ort und Zeit des Abwurfs registriert). Die Schätzungen für die durch militärische Aktionen der USA seit Gründung der UNO getöteten Zivilisten liegen je nach Datenbasis und zugrunde gelegten Kriterien zwischen 8 und 30 Millionen. Die Opfer »unseres« zeitlich und räumlich unbegrenzten »Kriegs gegen den Terror« summieren sich bislang allein im Irak, in Afghanistan und in Pakistan auf etwa 1,3 Millionen Todesopfer.

Die Leidtragenden unserer Wirtschafts- und Finanzkriege gegen unliebsame Regierungen, insbesondere in Form von Sanktionen.

Die Liste derjenigen, die sich nicht zu unserem »Wir« rechnen können oder wollen, lässt sich nahezu endlos verlängern. All diese Opfer und Folgen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Gewaltordnung sind in unseren Medien und in unserem öffentlichen Bewusstsein praktisch nicht präsent – und wenn überhaupt, dann als dürre Fakten. Diese mangelnde öffentliche Präsenz spiegelt das verbreitete Gefühl wider, dass wir ja schließlich für diese Folgen nicht verantwortlich seien. Denn man könne uns, zum einen, keine Verantwortung aufbürden für Verbrechen, die von unseren demokratisch gewählten Führern veranlasst worden sind. Zum

anderen seien es ja nicht nur von uns zu verantwortende Folgen, sondern überwiegend selbstverschuldete Folgen oder Folgen, die durch natürliche Gegebenheiten, Sachzwänge oder Naturgesetzlichkeiten einer komplexen Welt hervorgebracht worden seien. So werden die Opfer von den Tätern zusätzlich noch für ihr Opfersein selbst verantwortlich gemacht. Die Geschichte hört eben nicht auf, den Besiegten gegenüber den Siegern unrecht zu geben.

Von der Perspektive hängt auch eine Beurteilung der Realitäten unserer zivilisatorischen Errungenschaften zur Sicherung des inneren und äußeren Friedens ab, also der Realität der Demokratie und der Realität des Völkerrechts. Auch hier reicht oft schon eine kleine Änderung des Betrachtungsortes, um die Realitäten hinter der politischen Rhetorik und hinter ideologischen Vorurteilen zu erkennen. Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen »Elitenspektrum« wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten. Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen lässt sich nämlich das Bewusstsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist – eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und

Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Umso kraftvoller wird die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft. Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen.

So hängt eben alles von der Perspektive ab. Was wir sehen, hängt von der Perspektive ab. Ebenso, was wir sehen wollen und, mehr noch, was wir nicht sehen wollen. Auch die Schlussfolgerungen, die wir aus dem, was wir sehen, erfahren und wissen, ziehen und zu ziehen bereit sind, hängen von der Perspektive ab. Nicht nur der Perspektive des geographischen und sozialen Ortes, an dem wir leben, und der Zeit, in der wir leben. Unser Blick auf die Welt hängt auch von der geistigen Brille ab, durch die wir auf die Welt schauen. Also von unseren eigenen Erfahrungen – direkte oder indirekte – vermittelte, von unserer Sozialisation, von unseren Normen und unseren Vorurteilen, von unseren Ängsten und Sorgen, von den Weltbildern und Vorurteilen der Gruppen, denen wir uns zugehörig fühlen, und von dem Bild, das wir von uns selbst und von unserer Rolle in der Welt haben.

All dies bringt eine Pluralität sehr unterschiedlicher Perspektiven auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hervor, eine Pluralität, die in einer politischen Gemeinschaft mit gravierenden Spannungsfeldern einhergehen kann. Daher werden zur Sicherung eines inneren Friedens für ein politisches Handeln Prozeduren benötigt, diese Spannungsfelder zu entschärfen. Das Bemühen, die Pluralität unterschiedlicher und oft sogar miteinander unverträglicher Interessen und Perspektiven auf friedlichem Wege miteinander zu verbinden, ist gerade ein Kennzeichen der demokratischen Leitidee der Aufklärung. Das grundlegende Prinzip dabei ist, dass für diese Prozeduren gleiche Verfahrensrechte gelten trotz einer Ungleichheit der gesellschaftlichen Interessenlagen. Zudem bemüht sich die demokratische Leitidee der Aufklärung um Prozeduren einer Konsensfindung, die nicht

lediglich auf einer Mehrheitsregel basieren, sondern die dieser Pluralität Rechnung tragen. Der Austausch darüber, wie sich Partikularinteressen miteinander in Einklang bringen lassen, geschieht in einer Demokratie über den öffentlichen Debattenraum, in dem sich alle frei und gleichberechtigt über ihre unterschiedlichen Partikularinteressen austauschen können. Den zentralen Prozeduren demokratischer Konsensfindung liegt also wesensmäßig und konstitutiv ein egalitäres Prinzip zugrunde.

Eine Elitendemokratie verletzt ein solches egalitäres Prinzip und stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei. Um ihren Status zu sichern, sind die jeweiligen Machteliten darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern. Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der – vor allem in den periodischen Wahlen – als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte. Wie lässt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten? Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten lässt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen. Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewusstseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt. Der mit ihnen verbundene systematisch geplante und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozess gleicht in seinen an die Wurzeln

gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer »Revolution von oben«, also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozess ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, dass die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so dass Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat. Dieser Transformationsprozess besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, dass sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind. Zudem muss die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so »weiterentwickelt« werden, dass die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muss insbesondere so beschaffen sein, dass er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und dass er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann. Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewusstsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren lässt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, dass es – hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht – überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel

ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken. Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines »neuen Menschen«, dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht. In diesem Sinne sind sie totalitär, so dass der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem »invertierten Totalitarismus« spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist. Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewusstseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt. Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen »kapitalistischen Elitendemokratie«, in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen. Weite Teile der politischen Philosophie und der Soziologie teilen, explizit oder implizit, die Prämissen, die einer solchen Ideologie zugrunde liegen.

Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitendemokratien. Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Alle Beiträge in diesem Band kreisen um das Thema Demokratie – um Strategien und Methoden einer Demokratieverhinderung, eines Demokratieabbaus und eines Demokratiemanagements – sowie um die Methoden, all diese Prozesse für die Bevölkerung möglichst unsichtbar zu machen. Durch diese gemeinsame Thematik gibt es in den Kapiteln zwangsläufig Überschneidungen. Dies hat jedoch den Vorteil, dass jedes Kapitel eigenständig lesbar ist und durch die Einbettung der gemeinsamen Kernfragen in unterschiedliche Betrachtungswinkel und Kontexte vielleicht zu einem besseren Verständnis dieser Kernfragen beitragen kann.

Die politischen Themen und Fragen, die in den Beiträgen angesprochen werden, sind grundlegender und zumeist recht elementarer Natur. Eine Auseinandersetzung mit ihnen ist für jeden an der Gestaltung unseres Gemeinwesens Interessierten möglich; sie bedarf keines Expertenwissens, auch wenn die angesprochenen Fragen gelegentlich abstrakt sind und ihr Verständnis eigenständiger geistiger Arbeit bedarf. Natürlich führen in einer hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft praktisch alle für die Gesellschaftsorganisation relevanten Fragen rasch in Bereiche, die nur mit Expertenwissen zu bewältigen sind. Dennoch lassen sich für ein politisches Entscheiden und Handeln stets grundlegende Fragen allgemeiner gesellschaftlicher Natur an der Basis solcher Fragen aufdecken, die zu debattieren und zu entscheiden wir alle durch die natürliche Ausstattung unseres Geistes befähigt sind. Gerade darauf basiert die Leitidee von Demokratie.

Das schon erwähnte innerpsychische Spannungsverhältnis zwischen der durch unsere Partikularinteressen bestimmten persönlichen Perspektive und einer im Sinne der Aufklärung universalisierbaren überpersönlichen Perspektive gemeinsamer sozialer und ökologischer Interessen und einer Sicherung des inneren und äußeren Friedens wird auch eine Beschäftigung mit den in diesem Buch angesprochenen Themen begleiten. Wenn wir jedoch an einem demokratischen Austausch und an einer demokratischen Konsensfindung teilhaben wollen, müssen wir dieses Spannungsverhältnis aushalten und bewältigen. Zu einer solchen Leistung sind wir alle von Natur aus befähigt; wir müssen uns jedoch bewusst entschließen, von einer solchen Befähigung auch Gebrauch zu machen. Dann kann gerade dieses Spannungsverhältnis zu einer produktiven Quelle politischen Handelns werden.

Emanzipatorisches politisches Handeln hat im Neoliberalismus bekanntlich mit besonders großen Herausforderungen zu kämpfen. Denn der Neoliberalismus verfügt über eine scheinbar unbegrenzte Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, sein Überleben auch dann zu sichern, wenn sich die äußeren Gegebenheiten ändern. Seine besondere Lern- und Anpassungsfähigkeit verdankt er auch seinen Möglichkeiten, sich – etwa über Think-Tanks und Universitäten – den hierfür erforderlichen Geist zu kaufen. Dadurch hat es der Neoliberalismus bislang vermocht, lokal erfolgreiche Strategien sozialer Kämpfe rasch wieder zu neutralisieren, emanzipatorische Bewegungen zu spalten, zu zersetzen oder zu kommodifizieren, das heißt seiner Logik einer Ökonomisierung aller sozialen Bereiche zu unterwerfen. Auf diese Weise ist er sogar in der Lage, sich Dissens einzuverleiben und zu seiner Stabilisierung zu nutzen.

Emanzipatorische Bewegungen stehen daher vor der Aufgabe, eine besonders große Anpassungs- und Lernfähigkeit in der Entwicklung geeigneter Strategien zu zeigen. Angesicht der Totalität von Macht- und Gewaltverhältnissen und der mit ihr einhergehenden gigantischen Asymmetrie des Verhältnisses zwischen den Machtausübenden und den Machtunterworfenen sind wir als Einzelne im Wortsinne machtlos und können nur in solidarischen Aktionen diese Asymmetrien abmildern oder gelegentlich aufbrechen. Diese gemeinschaftlichen Aktionen müssen jedoch in ein Sinn Ganzes integriert sein, sie müssen geleitet sein durch etwas, welches ihnen Kohärenz und Beständigkeit verleiht. Sonst bleiben sie flüchtig und damit angesichts der vergleichweisen Stabilität und Verfestigung von Machtverhältnissen politisch wirkungslos. Ein notwendiger erster Schritt in der Entwicklung emanzipatorischer Strategien besteht darin, die systematisch erzeugte Entpolitisierung der Bevölkerung zu überwinden. Dazu müssen wir zunächst unser gezielt fragmentiertes kollektives gesellschaftliches Gedächtnis zurückgewinnen. Denn wir verfügen über einen geradezu unermesslich großen kollektiv gewonnenen Schatz an theoretischen Ideen, auf deren Basis sich politische Erfahrungen ordnen und politische Ziele, im Kleinen wie im Großen, formulieren lassen. Wir verfügen über einen großen und historisch vielfach erprobten Werkzeugkasten ideologiekritischer Denkmethode und über einen ebenso großen Werkzeugkasten politisch wirkungsvoller Handlungsstrategien, die es zu nutzen und für gegenwärtige Organisationsweisen der Macht anzupassen und zu erweitern gilt.

Solange wir jedoch von der großen Tradition emanzipatorischer Bewegungen isoliert sind, haben wir kaum eine Chance, unsere alltäglichen politischen Erfahrungen in ein Sinn Ganzes einzuordnen, eine Logik der Wirkmechanismen hinter der verwirrenden Vielheit täglicher Einzelvorkommnisse zu erkennen und angemessene Handlungskonsequenzen aus unseren Erfahrungen zu ziehen. Hierfür kann es weder Handlungsanweisungen noch Autoritäten geben. Auch die folgenden Beiträge enthalten keine konkreten Handlungsanweisungen oder Strategien – und könnten dies auch gar nicht –, wie man vom gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand zu einer menschenwürdigeren Gesellschaft gelangen könnte. Lösungsoptionen für ein politisches Handeln können nur von »unten« in gemeinsamer Arbeit entwickelt werden und müssen an situative Gegebenheiten angepasst sein. Spielraum für politisches Handeln gibt es genug. Die Geschichte ist offen und hängt vom menschlichen Handeln ab. Menschliches Handeln wiederum hängt davon ab, was man will. Geschichte ist also letztlich das, was wir alle aus ihr machen – sei es durch einen aktiven Veränderungswillen, sei es durch Duldung oder durch stillschweigende Zustimmung, sei es durch Desinteresse oder durch politische Apathie. Es hängt wesentlich von unseren Zielen, von unserem gesellschaftlichen Gestaltungswillen und von unserer Entschlossenheit ab, wie unsere Zukunft aussehen wird.

Noch einige Bemerkungen zur Entstehung dieses Buches. Die Beiträge sind im Kontext von Vorträgen zu gesellschaftspolitischen Themen entstanden. Mit meinem wissenschaftlichen Arbeitsbereich, der in theoretischen Grundfragen der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung liegt, haben diese Beiträge keine tiefergehenden Berührungspunkte. Sie waren gedacht als Begleitmaterial zu Vorträgen, das politisch Interessierten Arbeitsmaterialien und weiterführende Leseanregungen zum eigenständigen Nachdenken bereitstellen soll. Sie sind jedoch so aufgebaut, dass sie sich auch unabhängig von den Vorträgen lesen lassen. Was die Beiträge miteinander verbindet, ist die politische Perspektive auf das Thema Demokratie, dem sie sich aus einer radikaldemokratischen Haltung zu nähern suchen. Aus der großen und überaus reichen radikaldemokratischen Tradition lassen sich in den Texten vielfältige Einflüsse, direkte und indirekte, ausfindig machen. Insbesondere ist leicht zu erkennen, wie viel ich dabei den Arbeiten von Noam Chomsky und Ingeborg Maus verdanke. Noam Chomsky hat – zusammen mit den intellektuellen Traditionen, in denen er verankert ist und die er verkörpert – einen prägenden Einfluss auf mein Denken, sowohl im kognitionswissenschaftlichen Bereich wie im politischen. Ingeborg Maus,

auf deren Arbeiten ich leider erst jüngst gestoßen bin, entwickelt, auf der Basis radikaldemokratischer Ansätze der Aufklärung, in großer gedanklicher Tiefe, Strenge und Kohärenz die Konzeption einer »Demokratisierung der Demokratie«. Sie verteidigt unbestechlich und kompromisslos den Schutz natürlicher menschlicher Freiheitsrechte gegen den Staat und die allen Staatsapparaten innewohnenden autoritären Neigungen und stellt prozedurale Lösungsprinzipien für die Probleme bereit, die aus der Pluralität und Heterogenität gesellschaftlicher Interessen erwachsen.

Dieser Band von Beiträgen, die zu unterschiedlichen Anlässen und für diese entstanden sind, war nicht geplant. Dass er zustande kam, ist der Initiative und dem Enthusiasmus des Westend Verlags zu verdanken. Dafür und für das große Engagement, mit dem der Westend Verlag alle Phasen der Umsetzung begleitet hat, danke ich ihm sehr. Gisela Bergmann-Mausfeld, meiner Lebensgefährtin, gilt mein besonderer Dank.

Warum schweigen die Lämmer? *Wie sich schwerste Kriegsverbrechen und Verletzungen moralischer Normen für die Bevölkerung unsichtbar machen lassen*

© COPYRIGHT WESTEND VERLAG, FRANKFURT AM MAIN

Indoktrination statt Information

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie in einer beispiellosen Weise ausgehöhlt. Demokratie wurde durch die Illusion von Demokratie ersetzt, die freie öffentliche Debatte durch ein Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers durch das des politisch apathischen Konsumenten. Wahlen spielen mittlerweile für grundlegende politische Fragen praktisch keine Rolle mehr. Die wichtigen politischen Entscheidungen werden von politisch-ökonomischen Gruppierungen getroffen, die weder demokratisch legitimiert noch demokratisch rechenschaftspflichtig sind. Die destruktiven ökologischen, sozialen und psychischen Folgen dieser Form der Elitenherrschaft bedrohen immer mehr unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen. Rainer Mausfeld deckt die Systematik dieser Indoktrination auf, zeigt dabei auch ihre historischen Konstanten und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

»Besonders die sogenannten gebildeten Schichten sind anfällig für die Illusion des Informiertseins. Diese Schichten sind aus naheliegenden Gründen in besonderem Grade durch die jeweils herrschende Ideologie indoktriniert – das war im Nationalsozialismus nicht anders als heute; sie sind durch ihre schweigende Duldung ein wichtiges Stabilisierungselement der jeweils herrschenden Ideologien.« — RAINER MAUSFELD